A-2 Jetzt den Weg frei machen für Investitionen in unsere Zukunft

Antragsteller*in:	Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)
Tagesordnungspunkt:	3. Kommunalpolitische Erklärung
Verfahrensvorschlag:	Abstimmung

Antragstext

Wir wollen Städte und Dörfer, in denen es sich gut leben lässt. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für modern ausgestattete Kitas und Schulen ein, in denen kein Staub von der Decke bröckelt, für einen attraktiven ÖPNV und ein modernisiertes und reaktiviertes Schienennetz sowie für ausgebaute Radwege und Straßen ohne Schlaglöcher. Wir wollen günstige, saubere Energie aus Sonne und Wind, weiterhin stabile Stromnetze und eine zuverlässige Wärmeversorgung sowie flächendeckenden Mobilfunkempfang und Glasfaserinternet für jedes Haus. Wir setzen uns für mehr bezahlbaren Wohnraum ein, für eine Verwaltung, die Digitalisierung lebt sowie für bespielbare Sportplätze und moderne Schwimmbäder. Wir wollen Räume, die uns auch mit fortschreitendem Klimawandel ein gesundes Wohnen und Arbeiten ermöglichen. All das sind keine Extrawünsche, sondern die Basis eines guten Lebens vor Ort und für unser gesellschaftliches Miteinander.

Wir müssen feststellen: in der Vergangenheit wurde leider zu wenig für den Erhalt und den Ausbau dieser Infrastrukturen investiert. Der Investitionsstau in den Kommunen ist bundesweit gigantisch – laut dem KfW-Kommunalpanel 2023 bemisst er sich auf 165,6 Milliarden Euro. Auch in Rheinland-Pfalz wächst der Bedarf an kommunalen Investitionen, zugleich sind die Möglichkeiten vielerorts stark eingeschränkt. Der Investitionsstau bedroht zunehmend die Daseinsvorsorge vor Ort und schwächt tendenziell das Vertrauen in öffentliche Institutionen und in die Demokratie. Die Menschen im Land müssen sich auf eine funktionierende Infrastruktur verlassen können. Darüber hinaus braucht auch die Wirtschaft passende Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, um zur lokalen Wertschöpfung und einem attraktiven Zukunftsstandort beizutragen.

Die Herausforderungen unserer Zeit, allen voran der Umgang mit der Klimakrise und ihren spürbaren Auswirkungen, bedürfen erheblicher Haushaltsmittel. Die öffentliche Hand hat die Aufgabe, die notwendigen Rahmenbedingungen für den Aufbau von klimaneutralem Wohlstand und Resilienz zu schaffen und die soziale Infrastruktur zu sichern. Andere Industrienationen wie die Vereinigten Staaten machen es mit dem Inflation Reduction Act (IRA) vor und bringen wegweisende Investitionsprogramme auf den Weg. Angesichts der aktuellen Haushaltslage und mit den bestehenden, starren Schuldenregeln droht der Staat diesen wichtigen Aufgaben nicht mehr gerecht zu werden. Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Fassung wird zunehmend zu einer Zukunftsbremse.

Das nötige Geld jetzt in die Hand zu nehmen, bedeutet auch in Generationengerechtigkeit zu investieren. Denn unseren Kindern und Enkeln wollen wir ein modernes, funktionierendes und klimaneutrales Land hinterlassen und keine aufgeschobenen Lasten und marode Infrastrukturen. Wir können unsere Klimaziele erreichen, unseren Wohlstand erneuern, soziale Sicherheit gewährleisten und eine gute Zukunft schaffen, wenn wir uns trauen, die notwendigen Schritte zu gehen und die Mittel für die nötigen Investitionen – privat wie öffentlich – zu mobilisieren.

Bereits jetzt fordern renommierte Wirtschaftswissenschaftler*innen, Unternehmer*innen, Gewerkschafter*innen und Ministerpräsident*innen jeder Couleur den Weg frei zu machen für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen. Mit diesem Rückenwind aus der Breite der Gesellschaft wollen wir GRÜNE nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten, sondern jetzt Investitionen in die Zukunft möglich machen und diese verlässlich gestalten:

- Wir rheinland-pfälzische GRÜNE fordern eine zügige Modernisierung der Schuldenbremse auf Bundesebene und unterstützen alle Bestrebungen, die eine Reform möglich machen. Wir wollen, dass öffentliche Investitionen, die neue Werte schaffen und bestehende Werte erhalten, zukünftig auch über Kredite finanziert werden können. So schaffen wir nötige Planungssicherheit und Rahmenbedingungen, damit auch Unternehmen Zukunftsinvestitionen in den Wirtschaftsstandort, in lokale Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung tätigen.

- Wir unterstützen die Idee des „Deutschland-Investitionsfonds für Bund, Länder und Kommunen“ der Grünen Bundestagsfraktion. Mit Hilfe dieses Fonds, der durch eine Reform der Schuldenbremse möglich wird, soll gezielt in die Erneuerung und Dekarbonisierung der Wirtschaft, in innovative Zukunftstechnologien und in eine funktionierende Infrastruktur investiert und somit gesellschaftlicher Mehrwert geschaffen werden.

- Wir rheinland-pfälzische GRÜNE fordern den Bund auf, diesen Fonds mit ausreichend Mittel für die Bedarfe der Länder und Kommunen auszustatten. Gerade unsere Kommunen, die Herzkammern unserer Demokratie, müssen dringend in Kitas, Schulbauten, Krankenhäuser, Wärmenetze, in Busse und Bahnen, in bezahlbare Wohnungen oder Schwimmbäder und Sportplätze investieren und brauchen hierfür finanzielle Unterstützung.

- Wir wollen die Idee des Investitionsfonds weiterverfolgen, auch wenn eine Modernisierung der Schuldenbremse keine verfassungsändernde Mehrheit im Bund findet. Eine Alternative ist ein im Grundgesetz verankerter Investitionsplan in Form eines Sondervermögens. Das wäre eine begrenzte Lösung, welche die aktuelle, starre Schuldenbremse nicht in Frage stellt, aber die von allen Seiten geforderte klimaneutrale Erneuerung unserer Wirtschaft und Modernisierung der Infrastruktur ermöglicht. Ein solches Finanzierungsinstrument bindet auch zukünftige Bundesregierungen und sorgt damit für Verlässlichkeit. Das ist vor allem für private Investitionen wichtig, die neben den öffentlichen Maßnahmen eine bedeutende Rolle spielen.

- Für uns geht eine funktionierende, ausreichend finanzierte Infrastruktur einher mit effizienten Abläufen. Das betrifft vor allem staatliches Handeln, was in und mit den Verwaltungen die Rahmenbedingungen für die Entwicklung unserer Gesellschaft und unserer Infrastruktur setzt. Darum wollen wir GRÜNE hinderliche Bürokratie abbauen sowie auf allen Ebenen Verwaltungsprozesse vereinfachen und digitalisieren. Dazu wollen wir auch Praxis-Checks in Verwaltungen einführen, um Entscheidungen einfacher und somit schneller umzusetzen. Das von uns mitentwickelte Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) und die

Zentralisierung der Windkraftgenehmigungen im Land setzen hierbei wichtige Maßstäbe.

Wir werden hierzu auch weiterhin auf Landesebene aktiv und Wege eröffnen, um die dringend nötigen Investitionen tätigen zu können. Nicht handeln war und ist für uns GRÜNE in Rheinland-Pfalz keine Option.

- Dabei geht es uns auch für unsere Kommunen um den Dreiklang von Ermöglichung, Finanzierung und Umsetzung. Aktuell ist es vielen finanzschwachen Kommunen haushaltsrechtlich nicht möglich zu investieren. Dies ist selbst dann der Fall, wenn nur ein geringer Eigenanteil fällig wird oder sie durch die Investition den weiteren Wertverlust ihrer Infrastruktur aufhalten könnten. Kommunen sollten bei ihren Liegenschaften grundsätzlich Werterhalt auch durch kreditfinanzierte Investitionen gestalten dürfen. Das schafft zudem einen hohen gesellschaftlichen Wert für ein funktionierendes Gemeinwesen und für das kommunale Ehrenamt. Mit der Ermöglichung von Investitionen in wirtschaftliche Projekte im Bereich Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zeigen wir bereits heute, wie dies vor Ort erfolgreich funktioniert.

- Zur Mobilisierung von Privatkapital wollen wir die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) nach dem Vorbild der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu einer echten Klima-Investitions-Bank weiterentwickeln. Mit Grünen Anleihen (Green Bonds) soll die Refinanzierung ökologisch nachhaltiger Projekte ermöglicht werden. Förderprogramme, öffentliche Garantien und Gründungs-/Investitionskredite des Landes sollen klar auf die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft ausgerichtet werden und Investitionsanreize schaffen.

- Wir wollen auch in Rheinland-Pfalz die Diskussion über ein Sondervermögen für Zukunftsinvestitionen voranbringen. Dazu werden wir prüfen, welche Möglichkeiten uns die aktuelle Rechtsprechung bietet. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) sowie dessen Entscheidung zum Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2021 werten wir auf seine Auswirkungen auf ein mögliches Sondervermögen für Rheinland-Pfalz detailliert aus. Wir wollen der Frage nachgehen, wie diese beiden Entscheidungen miteinander zu vereinbaren sind, damit wir auch in Rheinland-Pfalz mehr investieren können, um unsere rheinland-pfälzische Wirtschaft klimaneutral umzubauen, unsere Infrastruktur zu modernisieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land zu stärken.

Unterstützer*innen

Hannah Heller (KV Speyer); Ernst-Christoph Stolper (KV Neustadt an der Weinstraße); Katrin Brunke (KV Mainz); Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Lea Heidbreder (KV Landau); Michael Hauer (KV Trier); Verena Örenbas (KV Ahrweiler); Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Rebecca Stallbaumer (KV Mayen-Koblenz); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); Josef Winkler (KV Rhein-Lahn); Lisett Stuppy (KV Donnersberg); Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz); Oliver Schönborn (KV Rhein-Hunsrück); Marlon Wrasse (KV Westerwald); Julian Gerz (KV Bad Dürkheim); Matthias Jurczak (KV Ludwigshafen); Tim Martens (KV Mainz); Misbah

Khan (KV Bad Dürkheim); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); Manfred Brinkhoff (KV Ahrweiler); Katrin Eder (KV Mainz); Lennart Kammann (KV Birkenfeld); Tabea Rößner (KV Mainz); Stephan Buchner (KV Mainz-Bingen); Lea Siegfried (KV Kaiserslautern); Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm); Paul Bunjes (KV Kaiserslautern); Fabian Ehmann (KV Mainz)